

Schlangen vor den Geschäften oder vor den Arbeitsämtern

Interview mit Kazimierz Łaski

Kazimierz Łaski ist einer der profiliertesten post-keynesianischen Ökonomen in Österreich. Er wurde 1921 in Warschau geboren, wo er auch studierte. Ab 1960 war er Professor für Volkswirtschaft an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau. Nach den »März-Ereignissen« in Polen im Jahr 1968, als die Parteiführung auf wachsende Unzufriedenheit im Lande mit einer anti-intellektuellen und anti-semitischen Kampagne reagierte, emigrierte er nach Österreich. Zunächst war er am WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche) tätig, ab 1971 war er Universitätsprofessor an der Johannes Kepler-Universität Linz. Nach seiner Emeritierung war er von 1991 bis 1996 Forschungsdirektor des WIIW. Dem WIIW ist er bis heute beruflich eng verbunden. Er hat sich – nach einer jugentlichen marxistisch-dogmatischen Periode – kritisch sowohl mit dem staatssozialistischen Experiment als auch mit den Mainstream-Transformationsstrategien der 90er Jahre beschäftigt. Mit Kazimierz Łaski sprachen für den Kurswechsel Joachim Becker und Cécile Undreiner.

Kurswechsel: Sie haben sich in Polen zuletzt mit marxistischer Ökonomie beschäftigt und sich dann zunehmend an die theoretischen Konzepten von Kalecki angenähert. Was waren die Gründe für diese Verschiebung Ihrer theoretischen Perspektive?

Łaski: Wie oft im Leben kann man dafür nicht einen einzigen Grund nennen. Es stimmt, dass ich mich zunächst mit Marxistischer Theorie beschäftigt habe, und zwar in einer sehr dogmatischen Form. Damals war es eher eine Art von Ersatzreligion als eine Wissenschaft. Die Ursache, dass ich mich an Kalecki angenähert habe war vor allem, dass Kalecki nach Polen zurückgekehrt ist. Das war im Jahr 1955.

Die Grundursache dieses Wandels war aber die Enttäuschung über die ökonomischen Ergebnisse der zentralgeplanten Wirtschaft. Auch die politische Entwicklung spielte eine Rolle etwa bis zum Bruch mit Tito, 1945–1948, herrschte die Vorstellung, wir machen das anders als die Sowjetunion. Diese Idee habe ich – damals 25-jährig – euphorisch aufgenommen. Die Ergebnisse des Wiederaufbaus Ende der 1940er Jahre waren mehr als zufriedenstellend. Der Name selbst, Volksdemokratie, war als eine Abgrenzung von der »Diktatur des Proletariats« gedacht. Doch war dies nur eine kurze Periode, danach folgte die Ausrichtung auf die Sowjetunion unter der Führung Stalins. Das Modell der gemischten Wirtschaft wurde durch das Modell der Zentralplanung ersetzt, dazu kamen noch bedeutende militärische Ausgaben. All das wirkte sich negativ politisch, vor allem aber wirtschaftlich aus.

Kurswechsel: Im Jahr 1956 hat es dann eine wichtige Erschütterung der Verhältnisse gegeben, den XX. Parteitag der KPdSU mit der Abrechnung Chruščovs mit Stalin, den Protesten in Polen, dem Aufstand und dessen Niederschlagung in Ungarn.

Łaski: Das war wirklich ein entscheidender Punkt, das ganze politische Establishment war ins Wanken geraten. Das betraf auch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). Gomułka, der früher fast im Gefängnis war, kam zurück zur Macht. Das war der einzige Zeitpunkt, an dem er, wenn es zu wirklich freien Wahlen käme, die Wahlen gewinnen könnte. Man muss berücksichtigen, dass die PVAP aus eigener Kraft nie an die Macht gelangen könnte. Das unterscheidet sie von Kuba, China oder sogar Jugoslawien. Die Verbindung mit der Sowjetunion war für die PVAP, auch für Gomułka, essentiell. Er war übrigens nicht gegen die Sowjetunion. Aber er war ein selbstständiger Kommunist, vertrat die Interessen Polens und war streng gegen die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Ähnliche Entwicklungen fanden in anderen Ländern statt, vor allem in Ungarn. Dort aber gingen sie aus der Sicht der Sowjetunion zu weit und wurden blutig niedergeschlagen.

Kurswechsel: Marx hat sein theoretisches Konzept und seine Begrifflichkeiten im Wesentlichen auf eine entfaltete Warenproduktion und kapitalistische Verhältnisse hin entwickelt. Marx hat sehr wenig zu der postkapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu sagen gehabt und darüber hinaus was er sagte was ziemlich weltfremd. Es hat nur relativ wenige systematische Versuche einer durch Marx geprägten theoretischen Aufarbeitung staatssozialistischer Ökonomien (bspw. durch Brus oder Šik) gegeben. Hat für Sie die Unterbindung einer kritischen Selbstreflektion durch die Staats- und Parteiführung zur Implosion des Staatssozialismus beigetragen?

Łaski: Ich beantworte am Anfang die Frage betreffend der postkapitalistischen Wirtschaft. Sicher war der Mangel an kritischen Diskussionen eine der Ursachen des Zusammenbruches des Staatssozialismus. Das Experiment des Sozialismus des Lenin-Stalin-Typus scheiterte aber aus vielen Gründen. Einer davon war, dass *de facto* in keinem dieser Länder das System demokratisch bestätigt wurde. Die einzigen freien Wahlen in Russland, kurz nach der Oktoberrevolution 1917, haben die Bolschewiken noch über die Bühne gehen lassen, doch dann haben sie die Konstituierende Versammlung 1918 auseinandergejagt, weil sie die Wahlen klar verloren haben. Das, was man später Sozialismus genannt hat, ist unter Berufung auf den Willen der Arbeiterklasse legitimiert worden, widersprach jedoch den einzigen freien Wahlen. Auch wenn Marx einmal von der »Diktatur des Proletariats« gesprochen hat, dachte er, glaube ich, kaum an eine Diktatur, wie sie dann in der Sowjetunion realisiert worden ist. Alle ähnlichen Versuche sind später nie durch Wahlen legitimiert worden, auch in China und Kuba nicht.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus war unausweichlich, weil er ökonomisch ineffizient war und darüber hinaus einen Riesenteil der Ressourcen, vor allem in der Sowjetunion, der Rüstungsindustrie gewidmet wurde. Es ist aber nicht wahr, dass man in dieser Zeit die Kapazitäten nicht ausgebaut hat. Alle Länder in Ost-Europa leben teilweise noch heute vom Ausverkauf dessen, was sie damals geschaffen haben.

Die Frage, ob Marktwirtschaft und Sozialismus miteinander verbunden werden können, bleibt eigentlich unbeantwortet. Sicher nicht, wenn man den Sozialismus mit einer zentralgeplanten Wirtschaft identifiziert. Selbstverständlich braucht eine Marktwirtschaft echte und nicht Propaganda-Preise. Alle sozialistischen Länder haben jedoch künstliche Preise gehabt. Angebot und Nachfrage fielen auseinander. Die Leute standen Schlange, um Waren zu erhalten. Auf der anderen Seite haben wir das kapitalistische System, in dem der Käufermarkt herrscht. Nicht die Leute stehen

Schlange, sondern die Waren liegen auf den Regalen und warten auf die Kunden. Auch der Arbeitsmarkt im Kapitalismus ist ein Verkäufermarkt. Auf diesem Markt stehen die Arbeiter Schlange um Arbeit zu bekommen. Es scheint also, dass wir *de facto* nur eine Wahl zwischen einem System, wo die Leute anstehen, um die Waren zu bekommen oder einem, wo die Leute sich anstellen, um Arbeit zu bekommen. Das es ist keine lustige Alternative, und ich glaube nicht, dass es nur diese zwei Möglichkeiten gibt. Ich bin überzeugt, dass eine soziale Marktwirtschaft imstande ist, einen Kompromiss zwischen den beiden Möglichkeiten zu finden. Auf jeden Fall legt die Erfahrungen der 1950–1970er Jahren in Westeuropa und vor allem in Österreich und BRD diesen Schluß nahe.

Auch der angeblich enge Zusammenhang zwischen der Basis und dem Überbau ist nicht ganz sicher, mindestens für eine gewisse Zeit. Die Entwicklung in China stellt aus dieser Sicht ein sehr interessantes Beispiel dar. Es herrscht dort das alte politische System, und *de facto* haben sie den Kapitalismus und der wächst extrem schnell. Der Zusammenhang zwischen Überbau und Basis ist daher nicht so eng wie man glaubt. Ob das *à la longue* hält ist eine andere Geschichte. Ich glaube nicht, dass bei einem Milliarden-Volk und der Macht einer kleinen Gruppe das Machtgefüge so haltbar ist.

Für Marx und die Marxisten war der Sozialismus immer mit der Arbeiterklasse verbunden. Für die mittel- und osteuropäische Länder, wohl mit Ausnahme Tschechiens, galt aber, dass die Industrialisierung nicht sehr vorangeschritten war, die Arbeiterklasse nicht sehr zahlreich war und eine relativ primitive Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle spielte. Unter diesen Bedingungen wurden dort, wo die Kollektivisierung nicht zustande kam, vor allem in Polen, die großen Nutznießer des Sozialismus die Bauern, nicht die Arbeiter. Man sieht heute in Polen kaum Häuser mit Strohdach, in meiner Kindheit war das ein typisches Bild, übrigens ein sehr schönes. Aber wenn es brannte, brannte das ganze Dorf. Die Arbeiter, die vor dem Krieg in der Industrie arbeiteten hatten, haben kaum eine Erhöhung ihres Lebensstandards unter dem Staatssozialismus erfahren. Es gab aber eine große Masse der Landbevölkerung, die in die Städte abgewandert ist. Oft hatte sie früher keine Arbeit. Ihre Situation und diejenige Ihrer Kinder verbesserte sich gewaltig.

Nun wende ich mich dem ersten Teil Ihrer Frage zu. Bei Marx gibt es unterschiedliche Überlegungen und nicht immer die Wichtigsten waren im Zentrum der Aufmerksamkeit und der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen. Das Konzept der Ausbeutung, aus der Arbeitswertlehre abgeleitet, ist wissenschaftlich im Gegensatz zur ideologischen Wirkung inhaltsleer. Man nimmt an, dass nur Arbeitskraft neuen Wert schafft, dass die Arbeitskraft selbst einen Wert hat und erklärt den Überschuss des neugeschaffenen Wertes über den Wert der Arbeitskraft als Mehrwert, den sich die Kapitalisten aneignen. Seit Sraffa wissen wir, dass man auf ähnliche Weise eine Energiewertlehre usw. formulieren könnte.

Im Gegensatz dazu sind solche Thesen, wie die Ablehnung des Say'schen Gesetzes (»jedes Angebot schafft spontan eine ausreichende Nachfrage«) und die abgeleitete Tendenz des Kapitalismus, eine Arbeitslosenarmee aufrechtzuerhalten, dauerhafte Beiträge zur Volkswirtschaftslehre, auch dann wenn sie nicht immer fehlerfrei formuliert worden sind.

Dazu gehört auch das vor 150 Jahren treffend vorausgesagte Phänomen der Konzentration des Kapitals, das heute die Form der Globalisierung der Weltwirtschaft angenommen hat.

Der tiefe Widerspruch der Gegenwart besteht darin, dass es eine Weltwirtschaft ohne eine Weltregierung gibt. Die Tatsache, dass das Kapital, nicht aber die Arbeit, sich frei bewegen kann, ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Innerhalb der EU gibt es zwar grundsätzlich eine freie Bewegung der Arbeitskraft (begrenzt jedoch durch Sprachenkenntnisse, Wohnungsmöglichkeiten, Kulturunterschiede usw.), jedoch gibt es keine wirkliche EU-Regierung. Die Kernländer der EU sind einer gemeinsamen Währungspolitik untergeordnet, haben aber keine gemeinsame Fiskalpolitik. Wie kann das funktionieren? Es ist kein Zufall, dass Länder innerhalb der Währungsunion eine niedrigere Wachstumsrate als Länder außerhalb dieser Union aufweisen. *À la longue* wird das nicht zu halten sein. Entscheidend ist, ob wir weiter in die Richtung einer gemeinsamen Fiskalpolitik, gemeinsamen Außenpolitik und vielleicht einer gemeinsamen Regierung gehen. Ich bin mir nicht sehr sicher, ob wir in diese Richtung gehen, weil die EU momentan nicht darauf vorbereitet zu sein scheint.

Kurswechsel: Sie haben Anfang der 1990er Jahren eine (post-) keynesianisch geprägte Transformationsstrategie vertreten. Inwiefern haben sich diese Vorschläge von dem *Mainstream* unterschieden haben?

Łaski: In ost-europäischen Ländern gab es immer einen breiten Widerstand der Bevölkerung, der vor allem politisch motiviert war, weil das System nie akzeptiert wurde. Dann gab es die Unzufriedenheit mit dem System, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass die Vorteile, die errungen worden sind, nicht geschätzt wurden. Der Lebensstandard und die Gehälter wurden mit denen im Westen oft in verzerrender Weise verglichen. So arbeitete mancher Pole einige Wochen im Jahr im Ausland und konnte zum Beispiel 100 Dollar ansparen. Bei herrschendem Markt-Wechselkurs konnten diese Ersparnisse mehreren Monatsgehältern in Polen entsprechen. Man könnte zum Schluss kommen dass die Gehälter in Polen nur ein Fünftel derjenigen im Westen ausgemacht haben.

Die Referenz waren nicht die sozialen Verhältnisse vor dem Krieg, auch nicht eine realistische Einschätzung der Verhältnisse in den westlichen Ländern. Dazu kam die Stagnation der Einkommen in den 1980er Jahren und die sinkende soziale Mobilität. Das System näherte sich seinem Ende zu und war reif zur Marktwirtschaft zurückzukehren. Die Transformation hat begonnen. In der Wirklichkeit wusste niemand, wie man die zentralgeplante Wirtschaft in eine Marktwirtschaft überführen kann.

Die internationalen Institutionen, vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, hatten jedoch eine fertige Antwort und zwar die Rosskur, die sie immer den Entwicklungsländern vorgeschrieben haben: restriktive Geldpolitik, ein ausgeglichenes Budget, Öffnung der Wirtschaft dem Ausland gegenüber und vor allem Liberalisierung der Preise.

Als Ende 1989 eine Delegation des Internationalen Währungsfonds nach Warschau kam, schlug sie drei Varianten der Stabilisierung vor: eine leichte, eine mittlere und eine harte. Die Delegation war überrascht, dass die Regierung die harte Variante bevorzugte, denn normalerweise die Länder wehrten sich extreme Massnahmen zu ergreifen. Die Stabilisierungsprogramme haben unbarmherzig die Gesamtnachfrage gedrückt, ohne zu berücksichtigen, dass die Produktion sich der Nachfrage anpassen würde. Wir haben vorausgesagt, dass die Produktion sehr stark zurückgehen würde. Wir haben Vorschläge für eine andere Konzeption der Fiskal- und Geldpolitik

gemacht. Damals war ich wissenschaftlicher Leiter des WIIW. Zusammen mit Friedrich Levčik sind wir in alle Länder gereist. Wir haben Konferenzen organisiert, wir warnten vor der Rezession, die diese Programme verursachen würden. Aber es war aber nichts zu machen.

Kurswechsel: Und glauben Sie, dass wirklich nichts zu machen war? Es hat ein paar Stimmen gegeben in Polen selbst, von Ökonomen, die nicht in Exil waren, wie etwa Tadeusz Kowalik und Ryszard Bugaj.

Łaski: Ja, es gab manche die sich dieser Politik widersetzen, aber sie haben den Ton nicht angegeben, überhaupt nicht. Die Regierung hat blind geglaubt, dass in einigen Monaten alles vorbei würde sein und das Land sehr schnell eine bedeutende Steigerung des Wohlstandes erleben würde. Sogar ein so sozialbewußter Politiker wie Jacek Kuroń (1989 – 1990 und 1992 – 1993 Arbeits- und Sozialminister) meinte: »Jetzt müssen wir den Kapitalismus aufbauen, dann werden wir die Rechte der Arbeiter erkämpfen.« Er meinte wie viele anderen, dass sich tatsächlich nach zwei, drei Jahren alles verbessern wird. Gezeigt hat sich etwas anderes. Man hat einen sehr ungerechten, wilden Kapitalismus geschaffen. Die Einkommensunterschiede zum Beispiel sind vielleicht nicht viel größer als in Frankreich, aber man muss berücksichtigen dass diese Unterschiede in sehr kurzer Zeit entstanden sind. Es ist eine Sache, wenn Sie in einer Gesellschaft aufwachsen, wo Sie als Kind schon wissen, dass es Rockefeller oder feudale Herren gibt. Und es ist eine ganz andere Sache, in einer Gesellschaft in Osteuropa aufzuwachsen, die fast egalitär war und nach wenigen Jahren superreiche Leute, Millionäre zu begegnen. In derselben Zeit erlebte ein nicht kleiner Teil der Gesellschaft eine Verarmung, vor allem die Bauern und selbstverständlich die Arbeitslosen.

Kurswechsel: Eine letzte Frage: der Euro-Stabilität Pakt, der auf Osteuropa ausgedehnt wird, würde auch auf einer Senkung der Nachfrage hinauslaufen. Fiskal- und Geldpolitik würden restriktiv ausgerichtet. Und gleichzeitig würde durch die Abschaffung der Möglichkeit der Abwertung zusätzlicher Druck auf die Löhne ausgeübt.

Łaski: Prodi hat einmal zu den Kriterien des Euro-Stabilität Paktes gesagt: *stupido*. Und tatsächlich sind die Zahlen, 3% des BIP als maximale Neuverschuldung und ein 60%-Verhältnis der Staatsschulden zum BIP willkürlich. Diese Zahlen setzen auf Dauer eine nominale Wachstumsrate des BIP von 5% voraus. Nun ist die Wirtschaft weit von einem 5%-Wachstum entfernt, deshalb kann das nicht halten.

Diese Zahlen hat man sehr wahrscheinlich erfunden, um gewissen Ländern den Eingang in die monetäre Union unmöglich zu machen und diese Länder haben dann diese Kriterien, zumindest kurzfristig, doch erfüllt (z. B. Italien und Spanien). Diese Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik ist aber so nicht haltbar.

Schauen wir uns China an. Dieses Land ist sehr erfolgreich bei der nachholenden Industrialisierung und hat seinen eigenen Weg gesucht und gefunden. Sie haben eine ganz andere Politik gemacht, als diejenige in Osteuropa oder Russland. Innerhalb der Union werden die osteuropäischen Länder sehr, sehr langsam ihr *catching up* vollziehen. So langsam, dass es in nächsten 10 – 20 Jahren der Unterschied nicht viel kleiner wird.

Nun könnten sie außerhalb der EU eine andere Politik machen? Meiner Meinung nach ja, aber sie haben sie nicht gemacht. Am besten kann man das in Polen be-

trachten wo ich mich etwas besser auskenne. Von der ersten Regierung Mazowiecki angefangen, ist durchgängig eine laissez-faire-Politik betrieben worden. Mit dieser Politik ist es besser in der Union zu sein als draußen. Denn, erstens, stärkt die Union die politische Demokratie. Und diese Länder sind demokratiemäßig nicht sehr fest. Innerhalb der Union ist die Demokratie viel besser gesichert. Zweitens kommen von der EU immerhin Mittel aus der gemeinsamen Kassa, welche die Entwicklung fördern könnten.

Der Euro-Beitritt wäre zwiespältig. Einerseits sind diese Länder durch negative Handels- und Leistungsbilanz außenwirtschaftlich verwundbar. In mehreren Ländern macht das Leistungsbilanzdefizit etwa 8% des BIP und manchmal sogar mehr aus. Daher sind Währungskrisen nicht auszuschließen und der Beitritt wird diese Gefahr beseitigen. Die Ursachen bleiben aber. Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit würde höhere Arbeitslosigkeit herbeiführen, wenn die Möglichkeit der Abwertung nicht mehr besteht.

Kurswechsel: Eine allerletzte Frage: Ich habe große Ähnlichkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung Osteuropas mit den 1990er Jahren in Lateinamerika, insbesondere Uruguay und Argentinien. Wechselkurse, Aufwertung, Leistungsbilanzdefizit, Auslandsverschuldung ... Wir sehen an Argentinien, dass diese Kombination auf Dauer nicht geht.

Łaski: Ja, die Euro-Einführung könnte auch eine Flucht nach vorne sein. Sie könnte sie vor einer Finanzkrise schützen, aber nicht vor den gewaltigen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Es ist eine schwierige Abwägung.

Weiterführende Literatur

- Łaski, K.: The Rate of Growth and Rate of Interest in a Socialist Economy. Wien u. a. O. 1972
Brus, W./ Łaski, K.: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem. Marburg 1990
Łaski, K. et al.: Transition from the Command to the Market System: what went wrong and what to do now? Wien 1993 (WIIW Working Paper, No. 1, March 1993)
Łaski, K.: Intellectual trajectories. Kalecki's place in my career as economist. In: EAPE Newsletter, No. 35, July-August 2006, S. 15-18